

Rüdiger Voigt

Alternativlose Politik?

Zukunft des Staates – Zukunft der Demokratie

24

Staatsdiskurse

Franz Steiner Verlag



Rüdiger Voigt
Alternativlose Politik?



Staatsdiskurse

Herausgegeben
von Rüdiger Voigt

Band 24

Wissenschaftlicher Beirat:

Andreas Anter, Leipzig

Manuel Knoll, Istanbul

Eun-Jeung Lee, Berlin

Marcus Llanque, Augsburg

Samuel Salzborn, Göttingen

Birgit Sauer, Wien

Gary S. Schaal, Hamburg

Peter Schröder, London

Virgilio Afonso da Silva, São Paulo

Rüdiger Voigt

Alternativlose Politik?

Zukunft des Staates – Zukunft der Demokratie



Franz Steiner Verlag

Bibliographische Information der Deutschen
Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;
detaillierte bibliographische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-515-10326-8

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen
des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar.
Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck,
Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie
für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2013

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Druck: AZ Druck und Datentechnik, Kempten

Printed in Germany

Für meine Söhne
Karsten, Marten und Eike

EDITORIAL

Der Staat des 21. Jahrhunderts steht in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit, zwischen Ordnung und Veränderung, zwischen Herrschaft und Demokratie. Er befindet sich zudem in einem Dilemma. Internationale Transaktionen reduzieren seine Souveränität nach außen, gesellschaftliche Partikularinteressen schränken seine Handlungsfähigkeit im Innern ein. Anliegen der Reihe *Staatsdiskurse* ist es, die Entwicklung des Staates zu beobachten und sein Verhältnis zu Recht, Macht und Politik zu analysieren.

Hat der Staat angesichts der mit „Globalisierung“ bezeichneten Phänomene, im Hinblick auf die angestrebte europäische Integration und vor dem Hintergrund einer Parteipolitisation des Staatsapparates ausgedient? Der Staat ist einerseits „arbeitender Staat“ (Lorenz von Stein), andererseits verkörpert er als „Idee“ (Hegel) die Gemeinschaft eines Staatsvolkes. Ohne ein Mindestmaß an kollektiver Identität lassen sich die Herausforderungen einer entgrenzten Welt nicht bewältigen.

Hierzu bedarf es eines Staates, der als „organisierte Entscheidungs- und Wirkeinheit“ (Heller) Freiheit, Solidarität und Demokratie durch seine Rechtsordnung gewährleistet. Gefragt ist darüber hinaus die Republik, bestehend aus selbstbewussten Republikanern, die den Staat zu ihrer eigenen Angelegenheit machen. Der Staat seinerseits ist aufgefordert, seinen Bürgerinnen und Bürgern eine politische Partizipation zu ermöglichen, die den Namen verdient. Dies kann – idealtypisch – in der Form der „deliberativen Politik“ (Habermas), als Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Staat (Gramsci) oder als Gründung der Gemeinschaft auf die Gleichheit zwischen ihren Mitgliedern (Rancière) geschehen.

Leitidee der Reihe *Staatsdiskurse* ist eine integrative Staatswissenschaft, die einem interdisziplinären Selbstverständnis folgt; sie verbindet politikwissenschaftliche, rechtswissenschaftliche, soziologische und philosophische Perspektiven. Dabei geht es um eine Analyse des Staates in allen seinen Facetten und Emanationen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des In- und Auslands sind zu einem offenen Diskurs aufgefordert und zur Veröffentlichung ihrer Ergebnisse in dieser Reihe eingeladen.

Rüdiger Voigt

INHALT

Vorwort	9
---------------	---

EINLEITUNG

Alternativlose Politik? Machiavellistische Machtpolitik oder politische Tugend?.....	13
---	----

1. TEIL: PARTIZIPATION – LEGITIMATION – LEGALITÄT

Bürgerschaftliche Partizipation. Eine unverzichtbare Voraussetzung für die Legitimität staatlichen Handelns	41
Die legale Weltrevolution. Siegt die Legalität über die Legitimität?	60

2. TEIL: STAAT – SOUVERÄNITÄT – NATION

Wer ist der Souverän? Zu einem Schlüsselbegriff der Staatsdiskussion	79
Volk und Nation. Vergessene Kategorien der Politikwissenschaft?	99

3. TEIL:
INNERE UND ÄUSSERE SICHERHEIT

Sicherheit versus Freiheit. Verteidigung der staatlichen Ordnung um jeden Preis?	117
Militärstaat Preußen? Friedrich Engels als Militärtheoretiker und Geostrategie	137

4. TEIL:
MACHT – STAAT – DEMOKRATIE

Die Spielregeln der Macht. Wie aktuell ist Machiavelli?	159
Staatsräson. Steht die Macht über dem Recht?	172

5. TEIL:
ZUKUNFT DES STAATES

Ein neuer Nomos der Erde? Carl Schmitts Weltordnungs-Denken	193
Zukunft des Staates – Zukunft der Demokratie	217
Literatur	235

VORWORT

Das Schlagwort von der „Alternativlosen Politik“ hat in letzter Zeit eine erstaunliche Karriere gemacht. Ursprünglich von Bundeskanzlerin Angela Merkel eher beiläufig in die Welt gesetzt, steckt hinter diesem scheinbar harmlosen Begriff doch sehr viel mehr. Er ist Ausdruck eines Politikverständnisses, das der Idee der Demokratie direkt entgegengesetzt zu sein scheint. Politik ist nach klassischer Definition die Auswahl zwischen Alternativen. Im logischen Umkehrschluss bedeutet das: Wenn es keine Alternativen gibt, gibt es auch keine (demokratische) Politik. Tatsächlich ist die Rede von der „Alternativlosigkeit“ die Sprache der Autokraten, die keinen Widerspruch dulden (können). Wer von der Alternativlosigkeit des eigenen politischen Handelns überzeugt ist, kann Widerstand gegen dieses Handeln nicht wirklich akzeptieren. Unsere pluralistische Demokratie lebt aber von dem Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, d.h. einem institutionalisierten Antagonismus. Allenfalls in Kriegszeiten tritt dieser Gedanke in den Hintergrund, um nicht der Sache der eigenen Nation zu schaden. In Friedenszeiten erscheint eine solche Sichtweise hingegen als völlig verfehlt.

Als der (Co-)Vorsitzende der Partei Die Linke, Bernd Riexinger, während eines Griechenland-Besuchs der Bundeskanzlerin am 10. Oktober 2012 an einer Protestkundgebung gegen die Politik der Bundesregierung in Athen – noch dazu in vorderster Reihe – teilnahm, bezeichnete die schwarz-gelbe Koalition dies als „empörend“ „wie der Vorsitzende einer im Bundestag vertretenen Partei die anti-deutschen Proteste als Bühne nutzt, um Politik gegen die Interessen des eigenen Landes zu machen.“¹ In der Tat ist es ärgerlich, wenn sich die Opposition – und die Partei Die Linke scheint im Moment die einzige echte Opposition zu sein – in einer schwierigen Lage mit denen solidarisiert, die gegen die „eigene“ Bundeskanzlerin Front machen. Eigentlich ist diese Haltung der Linken aber durchaus folgerichtig, wenn man das Folgende bedenkt:

- (1) Den Post-Kommunisten erscheint – wie im Übrigen auch vielen Vertretern des „demokratischen Sozialismus“ – alles Nationale als fremd, die Artikulation deutscher Interessen wird als bedenklich betrachtet. Umgekehrt wird die internationale Solidarität aber besonders hoch gehalten.
- (2) Die „Rettung“ Griechenlands kommt nicht wirklich dem griechischen Volk zugute, sondern dient vor allem der Sicherung der Banken, die Griechenland Geld geliehen haben. Umgekehrt ist es aber gerade die arbeitende Bevölkerung, der die Lasten der Spar- und Schrumpfkuren aufgebürdet werden.
- (3) Ein Interesse des „eigenen Landes“ kann man nur dann als verletzt ansehen, wenn man Griechenland um jeden Preis in der Eurozone halten will und die Kosten hierfür durch Griechenland aufgenötigte „Reformen“ begrenzen will.

1 Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, im Bundestag

Ob dies überhaupt realistisch ist, erscheint inzwischen vielen Menschen als fraglich.

Zudem zeigt diese Äußerung, dass das Gedächtnis der Union ziemlich kurz zu sein scheint. Im Februar 2003 war die damalige Oppositionsführerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel nach Washington gereist, um sich für die Politik der Bundesregierung zu „entschuldigen“ und sich mit Amerika solidarisch zu erklären. Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte es – übrigens gegen den Widerstand von Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) – abgelehnt, sich an dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA (und Großbritanniens) gegen den Irak zu beteiligen. Die Bush-Regierung warf der deutschen Seite unsolidarisches Verhalten vor. Unmittelbar vor ihrer Ankunft in den USA hatte Merkel in der *Washington Post* mit Blick auf den Irak-Konflikt zu Protokoll gegeben, militärische Gewalt dürfe als letztes Mittel im Umgang mit Diktatoren niemals ausgeschlossen werden. Ist diese Aussage an sich schon äußerst problematisch, so drängt sich doch sogleich die weitergehende Frage auf: Waren damals (2003) keine deutschen Interessen verletzt, oder gilt womöglich im Verhältnis zu den USA etwas Anderes als im Umgang mit Griechenland?

Dies ist nur eine der Fragen, mit denen sich das vorliegende Buch beschäftigt. Mein Anliegen ist die Kritik der bestehenden Verhältnisse vor einem Hintergrund, der heute alles Andere als selbstverständlich ist. Ich plädiere für die Erhaltung des demokratischen Nationalstaates und gegen die Schaffung eines europäischen Superstaates, weil ich davon überzeugt bin, dass nur im Ersteren, keinesfalls jedoch im Letzteren Demokratie möglich ist. Mit Jacques Derrida sehe ich die Demokratie in den politischen Systemen des Westens freilich als (noch) nicht verwirklicht an, ob sie im Kommen begriffen ist (*démocratie à venir*²) weiß ich nicht. Im Hinblick auf eine innere Reformierung der „real existierenden Demokratie“ habe ich an anderer Stelle immer wieder Reformvorschläge gemacht, die jedoch selten oder nie umgesetzt worden sind. Ich gehe daher davon aus, dass „die Aufgabe der Philosophie [...] die Schaffung von Begriffen“ ist, „die das Ereignis, das uns betrifft und verändert, angemessen zu beschreiben vermögen“.³

Für mich steht außer Zweifel, dass es höchste Zeit ist, unter welcher „Flagge“ auch immer – Philosophie, Politikwissenschaft, Staatslehre, Soziologie, Historiografie – mit allem Nachdruck die viel zu lange aufgeschobene Diskussion um die Zukunft der Demokratie zu führen. Es liegt auf der Hand, dass dies für mich auch immer die Frage nach der Zukunft des Staates bedeutet.

Netphen, im November 2012

Rüdiger Voigt

2 Derrida 2003.

3 Esposito 2010, S. 26f. [unter Bezugnahme auf Deleuze].

ALTERNATIVLOSE POLITIK?¹

Machiavellistische Machtpolitik oder politische Tugend?

Wie kein anderes ist das parlamentarische Regierungssystem abhängig von der politischen Tugend seiner Bürger, seiner Staatsmänner. Wenn Weitblick, Mut, Besonnenheit, Tapferkeit und Weisheit in jedem verantwortlichen und freiheitlichen politischen System verlangt werden, so in keinem mehr als im parlamentarischen.²

Hat die Bundeskanzlerin Weitblick, ist sie mutig, besonnen, tapfer und – womöglich – sogar weise? Das medial verbreitete Image von der „kühl kalkulierenden Physikerin“ scheint zu bestätigen, dass Angela Merkel gerade diese Tugenden besitzt. Oder ist sie eine skrupellose Machiavellistin, die dieses Image lediglich zum Machterhalt benutzt? Schon der Altmeister Niccolò Machiavelli hatte im *Principe* den Politikern ins Stammbuch geschrieben, dass der Staatsmann – das Gleiche gilt natürlich für eine „Staatsfrau“ – Tugenden zwar öffentlich verkörpern, aber keineswegs tatsächlich haben sollte. Denn für die praktische Politik seien diese Tugenden nicht nur hinderlich, sondern u.U. sogar gefährlich. Frau Merkel scheint diese Botschaft verstanden zu haben. Vor jeder Sitzung des Europäischen Rates, vor jedem Treffen mit den europäischen Staats- bzw. Regierungschefs betont sie den Medien gegenüber ihre harte Haltung: Sie „gibt“ die unbeugsame Vertreterin deutscher Interessen. Deutschland werde nicht für die Schulden der überschuldeten Mitgliedsstaaten der Eurozone haften. Die Kanzlerin würde niemals vor der Macht der Finanzmärkte oder den Forderungen der Regierungsvertreter anderer Staaten „einknicken“, Euro-Bonds werde es zu ihren Lebzeiten nicht geben. Zu dieser Einschätzung passt, dass das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin *Forbes* Angela Merkel für das Jahr 2012 erneut zur weltweit mächtigsten Frau gekürt hat.³

Sie „beweist“ Mut, wenn sie sich – unter massivem Polizeischutz – zu einem Staatsbesuch nach Athen in die „Höhle des Löwen“ wagt. Das massive Polizeiaufgebot, das sie vor den aufgebrachten Demonstranten schützen soll, scheint sie dabei nicht zu stören. Mit ihrer scheinbar unbeugsamen Haltung tritt sie ihren „Partnern“ gegenüber, die ständig mehr von Deutschland verlangen. Nur leider ist sie dabei immer in der Minderheitsposition, sie ist in Europa „isoliert“, wie die Medien nicht ohne Schadenfreude bemerken. Ihre Minderheitsposition „verteidigt“ sie zwar so lange wie möglich „zäh“; schließlich muss sie aber jedes Mal

1 Für seine Kommentare möchte ich Herrn Dr. Ulrich Müller, Administrativer Vorstand des Leibniz-Instituts für Astrophysik Potsdam, Dank sagen.

2 *Hennis* 1968, S. 16f.

3 Die Liste spiegelt den Einfluss von Frauen in politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen auf der ganzen Erde wider, Frau Merkel erhielt bereits 2011 sowie in der Zeit von 2006 bis 2009 diesen Titel.

zähneknirschend nachgeben und die zuvor abgelehnten weiteren Belastungen für die deutschen Steuerzahler akzeptieren. In allen Gremien der Europäischen Union – einschließlich des Rates der Europäischen Zentralbank – haben nun einmal die Anderen die Mehrheit. Von einer scheinbar glänzenden Ausgangsposition – ohne Deutschland geht in Europa faktisch gar nichts – steigt sie regelmäßig ab in die Position des Bittstellers, dem von den Anderen oft nicht einmal erlaubt wird, auch nur einigermaßen „das Gesicht zu wahren“.⁴

Dennoch gelingt es ihr, sich selbst als das Bild zu bestätigen, das sich das Volk von ihr macht, eine Kunst, die schon Machiavelli für entscheidend wichtig gehalten hat. Claude Lefort hat diesen Gedanken meisterhaft heraus präpariert:

Indem er [...] versteht [...], was das Begehren der hohen Herren und das Begehren des Volkes in seiner jeweiligen Einzigartigkeit ausmacht, entdeckt der Fürst die Grenzen der Objektivierung und erscheint sich selbst als *innerhalb* der Gesellschaft befindlich, mit Macht ausgestattet und berufen, die imaginäre Gesellschaft zu verkörpern; er nimmt sich als die Identität wahr, ohne die der Körper der Gesellschaft zerfele.⁵

Ist das das Geheimnis? Zerfällt ohne Angela Merkel der „Körper“ der deutschen Gesellschaft? Das würde jedenfalls die erstaunlich hohen Zustimmungswerte der Bundeskanzlerin in den Meinungsumfragen erklären. Aber stimmt das so?

1. EXEKUTIVISCHE POLITIK

Angela Merkel spricht auffallend oft von „alternativloser“ Politik. Das ist nicht nur Ausdruck ihrer sprachlichen Ungeschicktheit und auch kein bloßer Versprecher. Vielmehr steht dahinter die Vorstellung einer exekutivischen Politik,⁶ die von anderen Instanzen oder Akteuren nicht in Zweifel gezogen werden darf. Das Wesensmerkmal der Politik ist jedoch gerade die Auswahl zwischen Alternativen. Merkels „Politik“ ist hingegen offenbar die einzig „richtige“, d.h. mögliche und machbare Politik, und nur sie, die Kanzlerin, kennt den richtigen Weg. Wer etwas Anderes verlangt, stört nur die „alternativlose“ Politik und muss zur Ordnung gerufen werden, wenn er der eigenen Partei oder Regierung angehört bzw. ignoriert werden, wenn er Oppositionspolitiker, Journalist oder (Finanz-) Experte ist. Selbst Bundesbankpräsident Jens Weidmann, zuvor wirtschaftspolitischer Berater von Angela Merkel, muss auf den Rückhalt der Bundeskanzlerin verzichten, wenn er sich im EZB-Rat für deutsche Interessen einsetzt. Er wird von der Bundesregierung „im Regen stehen“ gelassen, wenn er beispielsweise gegen den Ankauf von Staatsanleihen stimmt und damit klassische deutsche Geldmarktpolitik vertritt.⁷

4 Siehe dazu die vernichtende Merkel-Kritik von Gertrud Höhler, die der Kanzlerin unterstellt, sie wolle die „Königin Europas“ werden, *Höhler* 2012.

5 *Lefort* 1986, S. 434 (Hervorhebung im Original)(Übersetzung: *Wagner* 2010, S. 128).

6 Vgl. *Agamben* 2004.

7 Weidmann soll sich sogar mit dem Gedanken an Rücktritt getragen haben, vgl. „Rückgrat ohne Rückhalt“, in: *FAZ* Nr. 204 vom 1.9.2012, S. 11.

1.1 Politik des Sich-Durchwurstelns

Bei näherem Hinsehen zeigt sich dem Beobachter jedoch ein ganz anderes Bild von der Bundeskanzlerin. Die „eiserne Kanzlerin“ ist gar nicht eisern, sondern flexibel bis zur Selbstverleugnung. Ulrich Beck hat dafür das mediengerechte Wortspiel vom „Merkiavellismus“ erfunden, womit er natürlich auf den eingeführten „Markenbegriff“ Machiavellismus anspielt und eine „politische Affinität zwischen Merkel und Machiavelli“ feststellt.⁸ Nun sind sich die Machiavelli-Forscher allerdings längst einig darin, dass der Begriff „Machiavellismus“ geradezu eine Verballhornung Machiavellischen Denkens darstellt.⁹ Und ob die Schaukelpolitik der Bundeskanzlerin (heute das Gegenteil tun, von dem, was man gestern behauptet hat) tatsächlich kluge Staatskunst ist, darf gerade unter Bezug auf den großen Florentiner bezweifelt werden. Hinter dem Zögern in der Finanzkrise verbirgt sich nichts weiter als die Furcht, etwas falsch zu machen und dafür vom deutschen Wähler „bestraft“ zu werden.

Viele sehen in Angela Merkel die ungekrönte Königin Europas. Wenn man fragt, woraus genau die deutsche Bundeskanzlerin ihre Macht schöpft, stößt man auf ein charakteristisches Merkmal ihres Handelns: ihre Neigung zum Nicht-Handeln, Noch-nicht-Handeln, Später-Handeln – zum Zögern.¹⁰

Das Alles scheint auf den ersten Blick nicht zu der „martialischen“ Selbstdarstellung der Kanzlerin zu passen. Hinter der emotionslosen Gradlinigkeit verbirgt sich jedoch oft nichts Anderes als Unsicherheit: Niemand scheint zu wissen, was zu tun ist, auch Angela Merkel weiß es nicht. Die Bundeskanzlerin nennt das ein „Steuern auf Sicht“, anders gesagt: es handelt sich um ein Stochern im Nebel, eine „inkrementale Politik“ des Sich-Durchwurstelns.¹¹ Mit großen Summen „kauft“ sie sich Zeit, um die „große Lösung“ in Gang setzen zu können. In Wirklichkeit gibt es aber gar keinen Masterplan und keine Blaupause für die deutsche Politik. Es fehlt vielmehr in Deutschland ganz offensichtlich an einer Führungsperson, die den Überblick hat – wie Altkanzler Helmut Schmidt kürzlich in einer Talkshow zutreffend festgestellt hat.¹² Jedes Agieren erfolgt in kleinen Schritten, mit denen man sich vortastet. Stößt man auf ein Hindernis, dann verharrt man zunächst, um ggf. eine andere Richtung einzuschlagen. Zugleich beugt man sich – biegsam wie asiatischer Bambus – dem Druck. Merkels pragmatische Haltung ist aus der Not der Planlosigkeit geboren und kaum anders, denn als – allerdings erfolgreicher – Opportunismus zu interpretieren.

8 Beck 2012, S. 50–51 [50].

9 Siehe das Kapitel *Die Spielregeln der Macht* in diesem Buch.

10 Beck 2012, S. 47.

11 Lindblom 1959, S. 79–88.

12 „Menschen bei Maischberger“, ARD-Sendung vom 7.8.2012.

Merkel okkupiert – machtbewusst wertever variabel und hemmungslos – Positionen aus unterschiedlichen politischen Lagern. [...] So gewinnt sie eine Popularität, von der die Sozialdemokraten sich weitgehend lähmen lassen und als Opposition aufgeben.¹³

1.2 Eine Frage von Krieg und Frieden?

Die Zuspitzung auf nur eine Entscheidungsmöglichkeit ist eigentlich typisch für Kriegssituationen. Befindet sich Deutschland in einer solchen Situation, und wir merken es nur nicht? Im Verteidigungsfall haben feindliche Truppen das eigene Land angegriffen, sie sind womöglich bereits in das Staatsgebiet eingefallen, man muss dagegen kämpfen oder untergehen. Und Letzteres ist dann gerade keine gangbare Alternative. Ist das womöglich der Hintergrund der Merkelschen Europapolitik? Stehen die Truppen aggressiver Nachbarn an den Grenzen, oder sind sie bereits in Deutschland eingefallen? Gibt es deshalb keine Alternative? Nach Abwehranstrengungen sieht die Merkelsche Politik allerdings auch nicht aus, eher nach einer speziellen Spielart von flexibler Machterhaltungspolitik. Carl Schmitt hat in seiner Schrift *Der Begriff des Politischen* bereits die Sinnlosigkeit eines solchen Tuns hervorgehoben:

Es wäre ferner ein Irrtum zu glauben, ein einzelnes Volk könnte durch eine Freundschaftserklärung an alle Welt oder dadurch, daß es sich freiwillig entwaffnet, die Unterscheidung von Freund und Feind beseitigen. Auf diese Weise wird die Welt nicht entpolitisiert und nicht in einen Zustand reiner Moralität, reiner Rechtlichkeit oder reiner Wirtschaftlichkeit versetzt.¹⁴

Dass der Verdacht, Deutschland sähe sich in Europa einer möglichen Aggression oder jedenfalls einer aggressiven Stimmung der europäischen Nachbarn gegenüber, nicht ganz aus der Luft gegriffen ist, hat der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl stets unmissverständlich deutlich gemacht. Er hatte bei der Unterzeichnung der Maastrichter Verträge 1992, mit denen die Einführung des Euros besiegelt wurde,¹⁵ eindringlich und drastisch vor den Folgen eines Scheiterns gewarnt. Drei Jahre später wiederholte er diese Warnung auf dem Karlsruher Bundesparteitag der CDU noch einmal:

Ich bleibe bei meiner These, dass die Frage der Einigung Europas eine Frage von Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert ist.¹⁶

Aber wer könnten diese „aggressiven Feinde“ sein, ist Deutschland doch seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums – zumindest nach offizieller Sprachregelung – nur von Freunden umgeben? Die USA sind unser „großer Bruder“, Russ-

13 Michael Schmitz, Opportunisten und Illusionskünstler, In: *Der Spiegel* Nr. 35 vom 27.8.2012, S. 52–53 [53].

14 Schmitt BdP, S. 52f.

15 Die mangelnde Sorgfalt, man könnte auch sagen „Schlampigkeit“, bei der Ausarbeitung der Verträge überrascht immer wieder.

16 Bundeskanzler Helmut Kohl am 16.10.1995 auf dem CDU-Bundesparteitag in Karlsruhe.

land ist uns wegen der Erdgasversorgung lieb und teuer. Sogar mit der Volksrepublik China pflegt das Merkelsche Deutschland eine neue Freundschaft. Unsere unmittelbaren Nachbarn sind mit uns in der Europäischen Union, viele sogar in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (Eurozone), verbunden. Alle Probleme unter Nachbarn werden friedlich, d.h. ohne den Einsatz kriegerischer Mittel, gelöst.¹⁷ Die Europäische Union ist schließlich nicht zuletzt eine Rechtsgemeinschaft. Die Bedrohung Deutschlands von außen ist offenbar so gering, dass die eigenen Streitkräfte auf ein Minimum reduziert werden. Ob sich damit tatsächlich weltweit deutsche Interessen durchsetzen oder wenigstens die Heimat verteidigen lässt, erscheint fraglich. Alle großen militärischen Aufgaben werden ohnehin von der NATO entschieden, innerhalb derer Deutschland – angesichts der Alles beherrschenden militärischen Präsenz der USA und der US-Truppen auf deutschem Boden – allenfalls Mitspracherechte wie ein Kleinstaat in der Größenordnung der Niederlande hat. Längst sind die Zeiten vorbei, als die Vereinigten Staaten der (alten) Bundesrepublik noch eine „nukleare Teilhabe“ einräumten, um sie vom Bau eigener Atomwaffen abzuhalten.¹⁸

1.3 Italienische Verhältnisse in der EZB?

Deutschland akzeptiert – klaglos – den Bruch der Verträge (z.B. der No-Bailout-Klausel des Lissabon-Vertrages¹⁹), hält sich selbst aber an die Verfahrensregeln und zahlt bzw. bürgt für „faule“ Schulden der Anderen. Ihre eigene Währung haben sich die Deutschen nur gegen das Versprechen wegnehmen lassen, die Europäische Zentralbank (EZB) sei so unabhängig wie die von den Deutschen hochgeschätzte Deutsche Bundesbank. Jetzt kauft die EZB in großem Stil Staatsanleihen („Schrottpapiere“) der südeuropäischen Länder auf und verliert damit ihre währungspolitische Unschuld. Die Geldwertstabilität ist nicht (mehr?) das oberste Ziel des EZB-Präsidenten Mario Draghi.²⁰ Der Gedanke liegt nicht allzu fern, dass Draghi auch im Euroraum „italienische Verhältnisse“, also die Finanzierung der Staatsdefizite durch die Notenbank, einführen will. Die Inflationsgefahr steigt damit, wie die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute kürzlich festgestellt haben. Dass die Bundeskanzlerin für ihr ständiges Nachgeben – z.B. von Griechen und Italienern – auch noch mit Hohn und Spott übergossen wird, müssen die gutwilligen Deutschen wohl hinnehmen. Beweist diese Handlungsweise der Kanzlerin nicht vielleicht doch Weitblick und Weisheit, weil es anders gar nicht geht?²¹

17 Dazu passt es auch, dass das norwegische Nobel-Komitee der Europäischen Union den Friedens-Nobelpreis für 2012 zuerkannt hat.

18 Deutschland hat sich durch die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, der von 190 Staaten ratifiziert worden ist, verpflichtet, keine Atomwaffen zu produzieren.

19 § 125 AEU-Vertrag (Nichtbeistands-Klausel).

20 Draghi war von 2006 bis 2011 Präsident der Italienischen Nationalbank und zuvor Vizepräsident von Goldman Sachs in London; zu den Implikationen: *Gauweiler* 2012, S. 27.

21 So etwa das Credo von Ulrich Beck, *Beck* 2012a.

Kaum hat das Bundesverfassungsgericht den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – wenn auch mit Auflagen – passieren lassen, wird „nachgelegt“. Das Volumen des ESM von 700 Mrd. Euro, an dem Deutschland mit 190 Mrd. Euro beteiligt ist, soll durch „Hebelung“, d.h. durch zusätzliche Kreditaufnahme am Kapitalmarkt, drastisch vergrößert werden. Eine Haftungsbegrenzung auf diese 190 Mrd. Euro, die vom BVerfG so „festgeschrieben“ worden ist,²² erscheint damit jedoch als unrealistisch. Weitere Belastungen, die letztlich der deutsche Steuerzahler zu tragen hat, sind bereits vorhersehbar. Eine Europäische Bankenunion wird sich zudem nicht – wie versprochen wurde – auf neu aufzunehmende Kredite beschränken, sondern auch die Altschulden der Banken erfassen. Damit ist dann auch die von vielen Deutschen gefürchtete Vergemeinschaftung der Schulden verbunden. Das Versprechen der Bundeskanzlerin, eine gesamtschuldnerische Haftung – zum Beispiel über Euro-Bonds – werde es nicht geben, solange ich lebe“,²³ erweist sich als die allseits bekannte Hinhaltetaktik. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hatte im Juni 2010 sogar eine Wette angenommen, dass die Rettungsschirme keine Dauereinrichtung werden, sondern nach fünf Jahren auslaufen würden:

Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden Sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.²⁴

1.4 Versailler Vertrag ohne Krieg?

Räumt man alle propagandistischen Girlanden um das Thema europäische Integration beiseite, dann zeigt sich aus deutscher Sicht ein ganz anderes Bild. Dabei scheint es fast so, als ob die Aufgabenstellung der alten Montanunion, Deutschland wirtschaftlich und politisch zu kontrollieren, auch für die Europäische Union nach wie vor Gültigkeit hat. Muss sich deshalb jede deutsche Regierung dem Diktat der Mehrheit in den EU-Gremien unterwerfen, auch dann, wenn ihre eigenen nationalen Interessen verletzt werden? Ist Maastricht der „Versailler Vertrag ohne Krieg“, wie die französische Tageszeitung *Le Figaro* 1992 in ihrem Leitartikel hervorgehoben hat?²⁵ Dagegen spricht natürlich, dass die deutsche Wirtschaft vor Beginn der Eurokrise einen großen Teil ihrer Produktion in die Staaten der Eurozone exportiert hat.²⁶ Der ungarische Schriftsteller Peter Esterhazy, dem 2004 der

22 BVerfG, 2 BvR 190/12 vom 11.9.2012.

23 Ausspruch von Angela Merkel am 26.6.2012 vor der FDP-Bundestagsfraktion, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kanzlerin-merkel-schliesst-euro-bonds-aus-a-841115.html>, abgerufen am 10. 10.2012.

24 FAZ vom 10.10.2012, S. 13.

25 *Le Figaro*, 19.09.1992; der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919, ein sog. „ungleicher“ Vertrag, reduzierte die militärische, politische und wirtschaftliche Stärke für mehr als ein Jahrzehnt geradezu drastisch und stufte das Deutsche Reich von einer globalen Großmacht zu einer europäischen Mittelmacht herunter.

26 Dieser Anteil am Export schrumpft allerdings mittelfristig und wird durch Exporte nach Übersee ersetzt.

Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde, sagte in seiner Dankesrede in der Paulskirche jedoch einige bedenkenswerte Worte, die freilich in den redaktionell bearbeiteten deutschen Zusammenfassungen der Rede später – sicher nicht ganz zufällig – fehlten:

Die eigenen Missetaten durch die deutschen Missetaten zu verdecken, ist eine europäische Gewohnheit. Der Hass gegen die Deutschen ist Europas Fundament in der Nachkriegszeit.²⁷

Wenn das tatsächlich der Wahrheit entspräche, wäre das ein außerordentlich merkwürdiges Fundament. Manches an dem Verhalten unserer europäischen „Freunde“ – etwa die Verunglimpfungen der deutschen Bundeskanzlerin durch griechische Medien – ließe sich damit freilich leichter erklären. Dass ein solches, auf Hass beruhendes Fundament auf Dauer tragfähig sein könnte, kann allerdings kaum jemand ernsthaft annehmen.

1.5 Opposition im Parlament und in der Regierung

Nur im „Ausnahmestand“ könnte es tatsächlich eine Gefahrensituation geben, die zu alternativlosem Handeln nötigt. Sie willkürlich herbeizureden, wäre freilich sträflich. Denn der Ausnahmestand bedeutet stets zumindest eine teilweise, wenn nicht sogar vollständige Außerkraftsetzung des Grundgesetzes. Oppositionelles Verhalten wird in einer solchen Situation gewissermaßen als „strafbare Handlung“ aufgefasst, soweit es die nationale Sicherheit gefährdet. In der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür in der „Normalsituation“ des Jahres 2013 hingegen hierfür kein rechtlicher Grund erkennbar. Vielmehr ist die Existenz von Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind und gegen die Regierungspolitik opponieren, im Parlament selbstverständlich, wenn nicht sogar erforderlich. Ob diese Fraktionen allerdings tatsächlich die Aufgaben einer Opposition wahrnehmen, ist damit freilich noch nicht gesagt. Weder die SPD noch die Grünen scheinen irgendeine Vorstellung davon zu haben, wie es weitergehen soll. In weiten Bereichen stimmen sie mit der Bundeskanzlerin und neutralisieren damit den Widerstand aus Teilen der Regierung.²⁸ Eine funktionierende Opposition aus einer Partei oder mehreren Parteien müsste aber die Regierung kontrollieren und vor allem kritisieren, ihre besondere Aufgabe ist es, Alternativen aufzeigen. Geschieht dies nicht oder nicht in ausreichendem Maße, dann ist die parlamentarische Demokratie in Gefahr.

In diesem – vom Grundgesetz so nicht vorgesehenen – Fall muss die Regierungskoalition diese Aufgabe selbst wahrnehmen. In einer solchen Situation kommt es verstärkt darauf an, dass innerhalb der Mehrheitsfraktionen auch diejenigen („Dissidenten“) zu Wort kommen, die die gegenwärtige Politik nicht für al-

27 <http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/2004%Friedens-preis%Reden.pd>, S. 12.

28 Auch das „Programm“ des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück stellt keine wirkliche Alternative zur Politik der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung dar.

ternativlos halten. Abweichende Meinungsäußerungen stören jedoch die Herrschenden, so dass zunächst nach rechtlichen Regeln, z.B. einer Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages,²⁹ gesucht wird, um diesen „Missstand“ abzustellen. Versagt dieses Unternehmen, z.B. weil es vorzeitig ruchbar wird,³⁰ dann gibt es auch subtilere Methoden, um Politiker, die sich in aller Regel auf ein gutdotiertes und dauerhaftes Berufsleben im Parlament eingerichtet haben,³¹ von oppositionellem Reden und Handeln abzuhalten. Dazu muss gar nicht offen mit dem Verlust des Listenplatzes bei der nächsten Bundestagswahl gedroht werden. Der Abgeordnete ist sich der Konsequenzen auch ohne dies nur allzu bewusst. Ohne Mandat weiterhin ein Einkommen zu erzielen, dass den Abgeordnetenbezügen sowie allen zusätzlichen Vergünstigungen entspräche, dürfte nur den wenigsten möglich sein. Lukrative Zusatzbeschäftigungen sind kaum noch zu erwarten, wenn der Status des Abgeordneten fehlt. Schon bald lässt das Interesse der Öffentlichkeit an der Person des Ex-Abgeordneten nach und der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit droht.

2. POLEMIK DES POLITISCHEN

Eine freiheitliche Regierungsweise toleriert nicht nur Opposition auf dem Gebiet der Willensbildung, sondern sie braucht diese, um lebendig zu bleiben. „Gibt es sie nicht, drohen wichtige Funktionen: Kritik, Kontrolle, Repräsentation einer ‚Alternative‘ auszufallen“, wie Wilhelm Hennis bereits 1977 betont hat.³² Es fragt sich also, welcher (möglicherweise verborgene) Sinn hinter einem solchen Wort wie „alternativlos“ steckt. Carl Schmitt hat dazu in seiner Schrift *Der Begriff des Politischen* eine Aussage getroffen, die sich durchaus auch auf diese Wortwahl anwenden lässt:

Erstens haben alle politischen Begriffe, Vorstellungen und Worte einen *polemischen* Sinn; sie haben eine konkrete Gegensätzlichkeit im Auge, sind an eine konkrete Situation gebunden, deren letzte Konsequenz eine (in Krieg oder Revolution sich äußernde) Freund-Feind-Gruppierung ist, und werden zu leeren und gespenstischen Abstraktionen, wenn diese Situation entfällt. [...] Der polemische Charakter beherrscht auch den Sprachgebrauch des Wortes ‚politisch‘ selbst [...].³³

- 29 Damit sollte das Rederecht solcher Abgeordneter beschränkt werden, die nicht von ihrer Fraktion „autorisiert“ worden sind.
- 30 Bundestagspräsident Norbert Lammers (CDU) wandte sich in dieser Angelegenheit – mit Erfolg – an die Öffentlichkeit, um das Vorhaben seiner Parteifreunde, allein den Fraktionsvorstand über die Zulassung von Rednern aus der Fraktion bestimmen zu lassen, zu vereiteln.
- 31 Die Diäten der Bundestagsabgeordneten orientieren sich an der Besoldung von Bundesrichtern, ein Einkommen, das – nebst allen Möglichkeiten zu Nebeneinkünften – den meisten Parlamentariern ohne ihr Mandat kaum erreichbar wäre, auch die Alterssicherung ist äußerst attraktiv.
- 32 Hennis 1977, S. 150–195 [168].
- 33 Schmitt 1963, S. 31f. (Hervorhebungen im Original).

2.1 Kampf um Begriffe

Der politische Kampf ist also auch ein „Kampf um die Aneignung von Wörtern“.³⁴ Chantal Mouffe hat – im Anschluss an Carl Schmitt – darauf hingewiesen, dass man die antagonistische Dimension des Politischen anerkennen müsse, wenn man die für die Demokratie zentrale Frage stelle.³⁵ Carl Schmitt hatte das bereits 1922 in der ersten Auflage seiner Schrift *Politische Theologie* zum Ausdruck gebracht:

Heute ist nichts moderner als der Kampf gegen das Politische. Amerikanische Finanzleute, industrielle Techniker, marxistische Sozialisten und anarcho-sydikalistische Revolutionäre vereinigen sich in der Forderung, daß die unsachliche Herrschaft der Politik über die Sachlichkeit des wirtschaftlichen Lebens beseitigt werden müsse. Es soll nur noch organisatorisch-technische und ökonomisch-soziologische Aufgaben, aber keine politischen Probleme mehr geben. Die heute herrschende Art ökonomisch-technischen Denkens vermag eine politische Idee gar nicht mehr zu perzipieren.³⁶

Ist mit „alternativlos“ also in Wahrheit „unpolitisch“ gemeint, und ist damit eine bestimmte Botschaft an die Menschen verbunden? Der Gedanke liegt nahe, dass Bundeskanzlerin Merkel sich und ihr Handeln damit als rein sachlich, wissenschaftlich oder ökonomisch darstellen will, um es damit der tagespolitischen Diskussion zu entziehen. Nur auf diese Weise lässt sich nämlich der Umstand verschleiern, dass die Politik nicht nur durch ihr alltägliches Regierungshandeln, sondern vor allem durch ihre zahllosen Subventionen und „Rettungsmaßnahmen“ für sämtliche Bereiche der Wirtschaft, vor allem aber für die Banken, – meist mit dem Geld der Steuerzahler – „ganz unverhohlen in das Projekt der Kapitalakkumulation eingespannt“ ist.³⁷ Dabei finden sich bei Merkel Anklänge an das Kohlsche System von persönlichen Abhängigkeiten. Helmut Kohl habe – so stellte Wilhelm Hennis nach dem Ende seiner Herrschaft fest – in 15 Jahren „schleichenden Verfassungswandels“ die Ämterordnung in eine persönliche Günstlingswirtschaft transformiert.³⁸ Rückblickend lässt sich Kohls Regierungsstil – positiv ausgedrückt – als „informell“, negativ gewendet hingegen als „Aushebeln des Rechtsstaats“ bezeichnen.³⁹

34 Rancière 2012, S. 90–95 [92].

35 Mouffe 2007, S. 21f.

36 Schmitt PTh, S. 68f.

37 Brown 2012, S. 55–71 [58].

38 Hennis 1998, S. 155–167.

39 Zu denken ist etwa an Kohls – bis heute andauernde – strikte Weigerung, die Namen von Spendern zu nennen, die durchaus als Verfassungsbruch verstanden werden kann, aber mindestens als Rechtsbeugung verstanden wird.

2.2 Machtsicherung im Innern

Angela Merkel liegt es sicher fern, vorsätzlich das Rechtsstaatsprinzip zu verletzen, sie lässt aber zu, dass der Lissabon-Vertrag in einem für Deutschland lebenswichtigen Punkt (No-Bailout-Klausel) gebrochen wird, so dass man wohl eher von fahrlässigem Handeln sprechen könnte. Wie Kohl duldet sie zudem nur solche Personen in ihrer unmittelbaren Umgebung, deren absolute Loyalität zu ihr persönlich außer Zweifel steht. Mögliche Konkurrenten stellt sie rechtzeitig kalt, bevor sie ihr gefährlich werden, d.h. ihre Spitzenposition in Frage stellen könnten. Die Reihe der Kaltgestellten ist lang: Friedrich Merz, Jürgen Rüttgers, Roland Koch, Christian Wulff (auf dem Umweg über das Präsidentenamt), Norbert Röttgen etc.⁴⁰ Machiavelli hätte ihr sicher nichts Anderes geraten. Bei der Machtsicherung im Innern zeigt sie in der Tat genau die Eigenschaften, die man sich bei ihr auch in der Außen- und Europapolitik wünschen würde: Weitsicht, Standhaftigkeit, Zähigkeit, Tatkraft, Stärke und Skrupellosigkeit. Dabei entwickelt sie ihre eigene Form eines Machiavellismus mit Samthandschuhen.

3. FASSADENDEMOKRATIE

Von einer solchen exekutivischen Politik ist vor allem das Parlament betroffen, das ohnehin bereits von mehreren Seiten bedrängt wird: Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht, EU-Institutionen. Eine Tendenz zur bloßen „Fassadendemokratie“ ist in allen Mitgliedstaaten der Eurozone unverkennbar. Die gewählten Parlamente sind noch da, sie fassen auch Beschlüsse, die Menschen haben jedoch zunehmend den Eindruck, dass ihnen etwas vorgespielt wird. Zum einen schrumpft die Bedeutung der Parlamente durch die kontinuierliche Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten auf die Europäische Union. Oft geht es dabei lediglich um Akklamation, wenn EU-Richtlinien per Handheben der Parlamentarier in nationales Recht überführt werden. Die nationalen Parlamente sind längst zu „rein mechanisch agierenden Transferagenten des europäischen Normsetzers“ geworden.⁴¹ Zum anderen wird immer stärker sichtbar, dass z.B. in Deutschland im Plenum des Bundestages lediglich „Schaufensterreden“ gehalten werden. Dabei geht es nicht darum, Andersdenkende durch rationale Argumente zu überzeugen, sondern um das öffentliche Zurschaustellen politischer Meinungsäußerungen. Das Parlament ist zum bloßen „Nebenkriegsschauplatz“ der Politik geworden, wo endlose Debatten um Nichtigkeiten geführt, milliardenschwere Schicksalsentscheidungen aber letztlich nur „durchgewinkt“ werden. Die maßgeblichen Entscheidungen werden zweifellos an ganz anderer Stelle getroffen, bestenfalls in den Fachausschüssen des Bundestages, im Kabinett oder im Koalitionsausschuss, meist allerdings eher in Gesprächen mit ausländischen Spitzenpolitikern bzw. mit

40 Bisher richtete sich der Abwehrkampf vor allem gegen männliche Rivalen, jetzt steht mit Ursula von der Leyen auch eine Frau auf der „Abschussliste“.

41 *Emde* 2006, S. 65–78 [73].

Repräsentanten nationaler und internationaler Banken, Konzerne, Verbände und Institutionen (z.B. IWF). Die Ergebnisse dieser Gespräche werden selten publik, sie finden sich jedoch oft genug in politischen Initiativen bzw. Entscheidungen von großer Tragweite wieder.

3.1 Kernbestand eines souveränen Staates

Mit der Etablierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einrichtung der Europäischen Zentralbank sind währungspolitische Fragen der Zuständigkeit der nationalen Parlamente entzogen worden, die zum Kernbestand jedes souveränen Staates gehören. Souveränität bedeutet Letztentscheidungsrecht des Souveräns, letztlich also des Volkes, als dessen Repräsentanten die Parlamentsabgeordneten gelten. Zum anderen werden geradezu lebenswichtige Entscheidungen von den Staats- und Regierungschefs auf EU-Ebene getroffen, deren Legitimation bezweifelt werden darf. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar in seiner vorläufigen Entscheidung zu ESM und Fiskalpakt festgestellt, dass diese Entscheidungen nicht dem Parlament entzogen werden dürfen.⁴² Letztlich kann das Parlament den an anderer Stelle getroffenen Entscheidungen jedoch nur noch nach dem Motto „Friss Vogel oder stirb!“ als „Paket“ zustimmen. Modifikationen durch das betroffene Parlament sind kaum möglich, da sie von allen anderen Staats- und Regierungschefs – und den übrigen nationalen Parlamenten – gebilligt werden müssten. Gegen eine Ablehnung werden Horrorszenarien heraufbeschworen.

Zu den auf die EU-Ebene verlagerten Bereichen gehören inzwischen sogar haushaltspolitische Entscheidungen, die dem eigentlich unantastbaren Kernbereich parlamentarischer Rechte angehören. Gerade das Budgetrecht ist eines der ältesten Rechte, das in einem langen historischen Prozess der Parlamentarisierung von der alten Ständeversammlung zum modernen Parlament geführt hat. Die Abgeordneten – vor allem, aber nicht nur die der Koalitionsparteien, – degradieren sich selbst zu bloßen „Statisten“, wenn sie sich zu Eilentscheidungen ohne hinreichende Kenntnis der Fakten drängen lassen. Abgeordnete, die eine andere als die regierungsamtliche Meinung vertreten oder sogar anders abstimmen, als von ihnen erwartet wird, werden des illoyalen, ja unanständigen Verhaltens beschuldigt.

3.2 Ein „gespenstisches Paralleluniversum“

Das Volk spielt bei diesen Machtspielen so gut wie keine Rolle, für das Volk wird auf der Vorderbühne vielmehr ein anderes Stück aufgeführt. Besonders im Vorfeld von Wahlen wird die Regierungspolitik so dargestellt, als ob sie den Interes-

42 BVerfG, 2 BvR 1390/12 vom 12.9.2012.